

Im Anschluß an die im Jahresbericht ausgesprochene Forderung, daß der Buchhandel seine alten Ideale bewahren müsse, um seiner Aufgabe gerecht zu werden, wenden sich die Herren Dr. Walter de Gruyter (Berlin) und Direktor Leopold Klotz (Gotha) gegen die das vaterländische Empfinden in gröblicher Weise verletzenden Anzeigen gewisser Firmen im Börsenblatt und bitten den Vorstand, beim Börsenverein vorstellig zu werden, daß solche Anzeigen keine Aufnahme mehr finden.

Vorsitzender: Sie können versichert sein, daß der Vorstand alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um derartige Sachen zu unterbinden und die nötigen Schritte und Proteste dagegen zu unternehmen. Der Vorstand des Börsenvereins ist ja auch hier und Sie können wohl überzeugt sein, daß er zu derartigen Fragen auch Stellung nehmen wird.

Wir kommen zum zweiten Absatz auf Seite 2 des Geschäftsberichts, der von der wirtschaftlichen Lage des Verlagsbuchhandels handelt. Ehe ich das Wort dazu erteile, möchte ich einen Satzfehler richtigstellen und bemerken, daß es auf Zeile 7 heißen muß:

und machten das Buch wirklich zum Gegenstande des täglichen Bedarfs.

Diese Worte: »Gegenstande des täglichen Bedarfs« sollten in Gänsefüßchen gesetzt werden; denn Sie werden ja einsehen, daß der Ausdruck hier leicht ironisch gemeint war. Ich wollte das nur ausdrücklich hier in der Hauptversammlung feststellen, damit nicht irgendeine Behörde jetzt oder später sich vielleicht einmal darauf berufen könnte, daß in der Hauptversammlung des Deutschen Verlegervereins anerkannt worden wäre, daß das Buch zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehöre. (Weiterkeit.)

Die Erhöhung der Buchdruckpreise.

Direktor Leopold Klotz (Gotha): Ich möchte anfragen, ob von Seiten des Verlegervereins irgendwelche Schritte unternommen wurden, um jetzt im Sommer, in der Übergangszeit, die Aufhebung der Papierkontingentierung durchzusetzen. Die Nachrichten, die durch die Presse gehen, widersprechen einander. Ich las verschiedene Notizen, insbesondere in der sozialdemokratischen Presse, daß die Papierverwaltung zum 1. Juli überhaupt aufgehoben werden soll. Wenige Tage darauf wurde das wieder dementiert. In der Fachpresse las man nichts Bestimmtes. Vor wenigen Wochen oder im Frühjahr wurde bekannt gemacht, daß vom 1. Juli ab wieder der volle Bezug des Jahres 1916 eintreten werde. Meine Herren, diese Frage ist doch mit die entscheidende in vielfacher Hinsicht, insbesondere auch für die Frage der zukünftigen Ausfuhr nach Aufhebung der Blockade. Die vorzugsweise wissenschaftlichen Verleger haben das denkbar größte Interesse daran, die ausländischen Beziehungen nach dem Kriege oder nach Abschluß der Friedensbedingungen, soweit solche überhaupt erreicht werden, wieder aufzunehmen und sofort wieder die Ausfuhr durchzusetzen. Die Verleger auf dem Gebiete der Ingenieurwissenschaften, die theologischen Verleger und die Verleger verschiedener anderer Wissensgebiete geben sich der festen Hoffnung hin, daß der Absatz ihrer wissenschaftlichen Literatur, der während des Krieges außerordentlich gelitten hat, sich nach dem Kriege wieder heben werde. Das wird aber zum großen Teil abhängig sein von der Möglichkeit der Papierbeschaffung. Wir mußten auf Grund der unglückseligen Papierbeschränkungsbestimmungen die neuen Auflagen verschiedener wissenschaftlicher Werke während des Krieges zurückstellen (Sehr richtig!), und wir müssen jetzt daran denken, diese neuen Auflagen so rasch wie möglich nachzuholen. Das wird uns aber nicht möglich sein, wenn wir kein Papier haben, vor allen Dingen nicht, wenn wir nach wie vor im Bezuge beschränkt bleiben, aber auch nicht, wenn das Papierbezugsrecht nach dem Bezuge des Jahres 1916 bestehen bleibt; denn im Jahre 1916 hat der vorzugsweise wissenschaftliche Verlag jedenfalls eine weit geringere Produktion gehabt als in Friedensjahren. Es muß uns also daran liegen, so rasch wie möglich das Papier überhaupt frei zu bekommen, und daß das vielleicht nicht ganz so schwer ist, wie es scheinen könnte, beweist doch eigentlich der Umstand, daß die Papierfabriken im großen und ganzen sich sehr wohl für leistungsfähig erklären, abgesehen von den Vorbehalten der Transportschwierigkeiten

usw. Die Fabrikation scheint jedenfalls nicht in der schwierigen Lage zu sein, wie es seitens der Papierwirtschaftsstelle immer wieder betont wird, z. B. noch jetzt in der neuesten Erklärung und in der an die Verleger ergangenen Warnung, Papier aus dritter Hand zu beziehen. Es wird sich also doch sehr fragen, ob nicht seitens des Verlegervereins diesen Dingen sehr energisch auf die Spur gegangen wird, um festzustellen: Was geschieht am 1. Juli? Bekommt man am 1. Juli das volle Bezugsrecht von 1916 wieder? oder aber — was nach Möglichkeit durchzusetzen wäre: Wird das Papier überhaupt freigegeben?

Geheimer Hofrat Kommerzienrat Karl Siegismund (Berlin): Meine Herren, die Papierfrage ist ja eine der Fragen, die uns in den letzten Jahren in jeder Hauptversammlung des Verlegervereins beschäftigt haben. Es ist nicht möglich gewesen, in diesen Beratungen die Papierfrage in irgendeiner Weise zu lösen, und wir sprechen auch heute wieder mit gleichem Resultat. Ich bin überzeugt, daß die Papierfrage noch niemals so schlecht zu lösen gewesen ist wie im gegenwärtigen Augenblick und in den vor uns liegenden Monaten. Tatsache ist, daß zurzeit etwa drei Viertel sämtlicher Papierfabriken in Deutschland stillliegen. Sie stehen still aus Kohlenmangel, und sie stehen still aus Rohstoffmangel. Die Fabrikation von Zellstoff hat in Friedenszeiten monatlich etwa 60 000 t betragen, im Monat Januar und im Monat Februar d. J. etwa 11 000 t; also es ist in diesen Monaten nur der sechste Teil des Zellstoffs fabriziert worden, der in Friedenszeiten hergestellt worden ist. Dazu kommt, daß wir auch während des Friedens eine ziemlich große Einfuhr von schwedischem Zellstoff gehabt haben, die jetzt ebenfalls wegfällt, zum Teil aus Valutagründen, zum Teil aus Gründen der außerordentlich hohen Preise. Der schwedische Zellstoff kostet, nach der heutigen Valuta umgerechnet, ungefähr das Zehnfache dessen, was er zu Friedenszeiten gekostet hat. Also, meine Herren, es muß damit gerechnet werden — und wir wissen das ja alle heute schon —, daß die Papierfrage in den nächsten Monaten noch viel schwieriger in die Erscheinung treten wird, als das heute bereits der Fall ist.

Nun ist die Frage der Kontingentierung eine derjenigen, die den Verlagsbuchhandel, besonders den wissenschaftlichen Buchhandel, in den letzten zwei Jahren lebhaft bewegt haben. Ich gebe zu: mit einer gewissen Berechtigung. Die letzte Beiratsitzung der Kriegswirtschaftsstelle, in der der Verlagsbuchhandel aus allen Gruppen vertreten war, um zu beraten, ob die Kontingentierung fortzusetzen ist oder nicht, und falls sie fortzusetzen ist, in welcher Höhe das Kontingent zugesprochen werden soll, hat sich darüber schlüssig gemacht, daß vom 1. April d. J. an das Kontingent auf 100% des Bezugs vom Jahre 1916 festzusetzen ist. Also der Herr Vorredner befindet sich im Irrtum, wenn er wünscht, daß wir jetzt beantragen sollten, für die Zukunft mindestens das Quantum vom Jahre 1916 zu erhalten. Das ist heute bereits gegeben.

Es ist auch weiter zugesichert worden, daß denjenigen Firmen, die Ausnahmewilligungen auf Grund des betreffenden Paragraphen in den Verordnungen für die Kriegswirtschaftsstelle beantragen, so weit, als es irgend möglich ist, entgegengekommen werden soll. Mir ist auch tatsächlich bis in die letzten Tage keine einzige Klage bekannt geworden, daß etwaige Ausnahmeanträge nicht bewilligt worden wären. Im Gegenteil: es ist schon bei leisem Wunsche, der bei der Kriegswirtschaftsstelle zum Ausdruck gekommen ist, weitestgehend entgegengekommen und das Bezugsrecht erweitert worden.

Meine Herren, wir werden uns in den nächsten Monaten, im Monat Juni im Beirat damit zu beschäftigen haben, ob die Kontingentierung am 1. Juli aufgehoben werden soll oder nicht. Ich werde mich bei diesen Beratungen auf den Standpunkt stellen, daß die Kontingentierung in dem jetzigen Umfange — das ist 100% des Jahres 1916 und möglichst weiteres Entgegenkommen bei Ausnahmeanträgen — aufrechterhalten werden soll, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Umstand, daß der Verlagsbuchhandel kontingentiert ist, ist von seinen Vertretern, die in den verschiedenen Kommissionen sitzen, immer zum Anlaß genommen